

Schmied wehrt sich: „Politisches Kleingeld“

Rote Manager-Debatte geht nach hinten los: Debatte über Bank-Gage der Ministerin.

WIEN. Am ersten Schultag in Ostösterreich hätte sich Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ) wohl lieber mit Bildung beschäftigt. Doch ÖVP und Opposition schossen sich auf ihre Gage für ihre Tätigkeit im Vorstand der Kommunalkredit ein. 2005 und 2006 bezog Schmied 495.700 Euro, davon 136.600 als Bonus.

Schmied, hat bei ihrem Wechsel in die Politik also auf viel Geld verzichtet. Ins Kreuzfeuer der Kritik gerät sie nun aus Gründen, die nur mittelbar mit ihr zu tun haben. Einerseits, weil

die SPÖ propagiert, man solle Managergehälter kürzen. Andererseits hat die Staatsanwaltschaft gegen Schmieds Ex-Chef, Reinhard Platzer, und ihren Nachfolger, Leopold Fischer, Anzeige wegen des Verdachtes der Bilanzfälschung erhoben. Für die beiden gilt die Unschuldsumutung und gegen Schmied liegt nichts vor. Diese sieht sich als unschuldiges Opfer, das zum Handkuss komme, weil ihre Gegner „politisches Kleingeld“ wechseln wollten.

In der generellen Debatte über Vorstandsgagen meldet

sich indes Herbert Paierl, Präsident des „Management Clubs“ zu Wort. „Wenn wir Führungskräfte mit gedeckelten Managergehältern oder Reichensteuer vertreiben, haben wir kein Problem mehr mit Managergehältern“, sagt er: „Weil wir keine Manager mehr haben werden, die in Österreich tätig sein wollen.“ Man sei aber aufgeschlossen: Laut einer Umfrage des Klubs ist mehr als die Hälfte der Manager dafür, die Veröffentlichung ihrer Bezüge per Gesetz vorzuschreiben.

EVA WEISSENBERGER